



Wortprotokoll der 59. Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Berlin, den 23. September 2015, 12:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
PLH E.700

Vorsitz: Bärbel Höhn, MdB

Tagesordnung

Einzigster Tagesordnungspunkt **Seite 3**

Öffentliche Ausschussberatung zum Thema "Post 2015-Agenda für Nachhaltige Entwicklung"

- a) **Bericht des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im
Vorfeld des UN-Gipfels zur Post 2015-Agenda
für Nachhaltige Entwicklung vom
25. bis 27. September 2015 in New York**
- b) **Bericht des Vorsitzenden des
Parlamentarischen Beirats für nachhaltige
Entwicklung (PBnE),
Abg. Andreas Jung,
zu der Stellungnahme des PBnE**

Selbstbefassung 18(16)SB-100



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Dött, Marie-Luise Gebhart, Dr. Thomas Göppel, Josef Grundmann, Oliver Haase, Christian Jörrißen, Sylvia Kanitz, Steffen Magwas, Yvonne Marschall, Matern von Möring, Karsten Müller (Braunschweig), Carsten Petzold, Ulrich Schulze, Dr. Klaus-Peter Vogel (Kleinsaara), Volkmar Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Bareißen, Thomas Benning, Sybille Gundelach, Dr. Herlind Gutting, Olav Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lagosky, Uwe Lerchenfeld, Graf Philipp Liebing, Ingbert Luczak, Dr. Jan-Marco Nüßlein, Dr. Georg Obner, Florian Pols, Eckhard Wittke, Oliver Woltmann, Barbara Zimmer, Dr. Matthias
SPD	Bülow, Marco Groß, Michael Hampel, Ulrich Lotze, Hiltrud Miersch, Dr. Matthias Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Schwabe, Frank Thews, Michael Träger, Carsten	Bartol, Sören Becker, Dirk Burkert, Martin Daldrup, Bernhard Esken, Saskia Held, Marcus Lemme, Steffen-Claudio Röspel, René Scheer, Dr. Nina Tausend, Claudia Vogt, Ute
DIE LINKE.	Bluhm, Heidrun Lenkert, Ralph Menz, Birgit Zdebel, Hubertus	Bulling-Schröter, Eva Lay, Caren Tackmann, Dr. Kirsten Zimmermann, Pia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kotting-Uhl, Sylvia Kühn (Tübingen), Christian Lemke, Steffi Meiwald, Peter	Baerbock, Annalena Höhn, Bärbel Paus, Lisa Verlinden, Dr. Julia



Einzigster Tagesordnungspunkt

Öffentliche Ausschussberatung zum Thema „Post 2015-Agenda für Nachhaltige Entwicklung“

- a) Bericht des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im
Vorfeld des UN-Gipfels zur Post 2015-Agenda
für Nachhaltige Entwicklung vom
25. bis 27. September 2015 in New York**
- b) Bericht des Vorsitzenden des
Parlamentarischen Beirats für nachhaltige
Entwicklung (PBnE),
Abg. Andreas Jung,
zu der Stellungnahme des PBnE**

Selbstbefassung 18(16)SB-100

Ausschussdrucksache 18(16)255 (Anlage)

Vorsitzende: Ich eröffne die 59. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Als Tagesordnungspunkt haben das Thema „Post 2015-Agenda für Nachhaltige Entwicklung“ und dazu den Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, aber auch den Bericht des Vorsitzenden des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE), des Abgeordneten Andreas Jung, den wir besonders herzlich begrüßen, da er viele Jahre ordentliches Mitglied im Ausschuss war. Ich begrüße auch die Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter. Wir können direkt in die Diskussion einsteigen.

Es ist ein sehr, sehr wichtiges Thema, gerade kurz vor dem Gipfel in New-York. Deshalb verweise ich auch noch einmal darauf, dass wir uns als Ausschuss selbst mit den SDGs im Laufe der letzten Monate beschäftigt haben. Aber es ist natürlich wichtig, die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung kennenzulernen und deshalb würde ich zunächst einmal der Staatssekretärin Schwarzelühr-Sutter das Wort geben und danach dem Kollegen Andreas Jung.

Ein Wortprotokoll sollten wir wieder machen. Sind Sie damit einverstanden? Ja! Gut, Bitte, Frau Schwarzelühr-Sutter.

PStS Rita Schwarzelühr-Sutter (BMUB): Sehr geehrte Frau Höhn, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Gipfel steht kurz bevor. Ich freue mich auch,

dass es eine Delegation hier aus dem Ausschuss gibt – mit Ihnen, Herr Träger und Herr von Marschall –, die mit dabei sind. Ich glaube, das ist schon ein historischer Moment. Werden doch für die nächsten 15 Jahre die Nachhaltigkeitsziele beschlossen. Die Bundesministerin wird dabei sein, Bundesminister Gerd Müller (BMZ) wird dabei sein. Der Regierungssprecher hat schon vergangene Woche verkündet, dass auch die Kanzlerin der Rede des Papstes zuhören wird. Wir selber haben ein Event: Protected in our planet and combating climate change. Das wird die Bundesministerin machen. Es gibt natürlich weitere Veranstaltungen und bilaterale Gespräche.

Die nun anstehende Verabschiedung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung durch die Vereinten Nationen ist wirklich etwas Besonderes, nicht nur für alle diejenigen, die in den vergangenen Jahren dort mit gearbeitet haben. Ich glaube, für alle die – auch die hier im Ausschuss – sich mit dem Thema beschäftigt haben; für alle, die verhandelt haben; für alle, die es begleitet haben, genau wie der Beirat für Nachhaltigkeit. Es ist wirklich etwas ganz Historisches.

Sicherlich liefert diese Agenda erstmals weltweit einen gültigen Aktionsplan mit konkreten Zielen. Das ist auch das Besondere, dass es nicht nur um die Entwicklungsziele für Entwicklungsländer geht, sondern dass sie universell ist. Dass sie für alle Industriestaaten – für alle OECD-Staaten – gilt und wir entsprechend auch gefordert sind, sie dann umzusetzen.

Was ist tatsächlich neu an der Agenda? Das sind diese 17 konkreten Ziele, die die globalen Herausforderungen aus unserer Zeit aufnehmen. Wesentlich und qualitativ neu ist vor allem auch die gleichberechtigte Berücksichtigung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: soziale, ökonomische und ökologische. Das ist in diesen 17 Zielen mit aufgenommen – inklusive den 169 Unterzielen. Diese 17 Ziele, da haben wir schwer dafür gekämpft, dass die als Paket bleiben. Weil Ziele wie Rechtsstaatlichkeit, good governance, Teilhabe, Gerechtigkeit – dass das alles mit dabei bleibt und nicht quasi über den Jordan geht. Das war harte Arbeit, aber das ist doch gut gelungen.

Im Vergleich zu den Millenniums-Entwicklungszielen werden nun auch breit Umweltbelange und der Schutz des Planeten in der Agenda angemessen



adressiert, nämlich als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung. Ich glaube, es ist allen klar geworden – auch während des Verhandlungsprozesses – dass langfristig globales Wirtschaftswachstum und ein gutes Leben nur dann auch für die Menschen möglich sind, wenn wir die Grenzen unseres Planeten entsprechend berücksichtigen und mit unseren Ressourcen entsprechend verantwortungsvoll umgehen. Gerade Ressourceneffizienz ist auf deutsches Betreiben übrigens zum ersten Mal Teil eines Zielkatalogs der UNO.

Genauso wichtig und ebenfalls neu ist, dass – wie gesagt – die Agenda universell ist und das stellt uns auch vor einige Herausforderungen. Gleichwohl muss man natürlich auch sagen, dass wir in dem Verhandlungsprozess immer auch gewonnen haben, dass wir eigentlich schon eine Nachhaltigkeitsstrategie haben; eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Das war in vielen Gesprächen wichtig, weil unsere Gesprächspartner auch gesehen haben: Wirtschaftliche Entwicklung geht auch mit Nachhaltigkeit. Wir konnten sie überzeugen, dass Nachhaltigkeit wirklich elementar wichtig ist.

Festhalten möchte ich auch in diesem Prozess, dass es – im Vergleich zu den Millenniumszielen – nicht nur Experten waren, die den Ziel-Katalog erstellt haben, sondern dass es ein sehr transparenter Prozess war, dass Zivilgesellschaft mit dabei war, dass Wissenschaft mit am Tisch saß – auch Wirtschaft. Das hat sicherlich auch mit dazu beigetragen – zu diesem anspruchsvollen Ergebnis.

Was ich auch festhalten möchte ist, dass durch diese Verabschiedung des Zielkatalogs einige wesentliche, internationale Vereinbarungen auf eine breitere Basis gestellt werden. So hat z. B. die USA durch die Annahme des SDG-Katalogs zahlreiche Zielsetzungen der Aichi-Biodiversitätsziele akzeptiert, obwohl sie quasi die Biodiversitätskonvention nicht unterzeichnet hat. Auch das müssen wir doch anerkennen, dass viele über ihre eigenen Hürden gesprungen sind.

Was sicherlich auch bemerkenswert ist: Dass die Staaten sich nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt haben, sondern angemessen auf die Herausforderungen unserer globalisierten Welt eingegangen sind und wir das wirklich bis 2030 erreichen wollen.

Nun sind Ziele immer gut und vielleicht schnell formuliert. Aber das Besondere hier ist: Dass wir auch gerade für einen review mechanism gewonnen haben, für ein Monitoring – auch das war nicht ganz einfach. Weil sich natürlich viele kontrolliert gefühlt hätten und auch mit dem Finger darauf gezeigt worden wäre, was sie alles nicht tun. Sondern dass es ein Prozess ist nachher bei den review mechanism und Monitoring sozusagen – man kann wirklich von den guten Best-Practice-Bespielen auch lernen und das ist für alle entsprechend hilfreich, sich miteinander weiterzuentwickeln.

Dabei möchte ich es erst einmal in Anbetracht auch der Zeit belassen. Sie merken schon, da quillt mir mein Herz etwas über, weil das war wirklich ein langer Prozess. Aber ich möchte mich ausdrücklich nochmal bedanken: beim Nachhaltigkeitsbeirat, bei unserem Haus, stellvertretend für sein Team – an der Spitze Herr Contius. Es war, glaube ich, am Ende wirklich erfolgreich. Herzlichen Dank.

Vorsitzende: Dann gebe ich das Wort weiter an den Vorsitzenden des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltigkeit, Andreas Jung.

Abg. **Andreas Jung** (PBnE): Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann da nahtlos anknüpfen – zum einen, was den Dank für die Zusammenarbeit angeht. Mein Eindruck ist, dass man innerhalb der Bundesregierung sehr gut zusammengearbeitet hat, aber auch bei der Vorbereitung zwischen Regierung und Parlament. Wir hatten hier die Anhörung. Wir hatten im Nachhaltigkeitsbeirat mehrere Anhörungen. Sie waren dabei, Herr Contius. Frau Schwarzelühr-Sutter wird in den Nachhaltigkeitsbeirat nach der Konferenz kommen. Man sieht, glaube ich, dass man hier an einem Strang zieht und in eine Richtung arbeitet – das vorneweg.

Ich will zweitens jetzt nicht alles wiederholen, was Frau Schwarzelühr-Sutter gesagt hat. Das beschreibt, glaube ich, zutreffend die Aufgabe und die Herausforderung. Ich will deshalb nur die eine oder andere Bemerkung machen, was sich jetzt durch die Konferenz für Möglichkeiten ergeben und was danach unsere Aufgaben sind.

Unser gemeinsames Ziel ist ja, diesen Fragen, die die Staatssekretärin beschrieben hat, eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit zuzumessen. Dafür eigentlich mehr – ja, nicht nur Aufmerksamkeit –



sondern auch Begeisterung zu erzeugen, dass wir uns dieser Fragen annehmen. Man hat bei aller Intensität der Vorbereitung – im Parlament, in der Regierung, in Fachkreisen – gemerkt, dass es ungleich schwieriger ist, dafür eine öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen, z. B. im Vergleich zum Gipfel von Rio 1992, weil es einfach nicht so im Fokus der politischen Debatte war.

Ich glaube, dass sich hier jetzt etwas verändert hat. Das beherrschende innenpolitische Thema ist die Flüchtlingsfrage – auch europäisch – und uns allen ist klar, dass wir hier kurzfristig Dinge zu leisten haben. Dass aber die Fragen, wie packen wir diese Fragen an den Wurzeln, eben nur durch die Antworten erreicht werden können, die eben in New York, die mit den SDGs, die mit den Fragen einer nachhaltigen Entwicklung zu tun haben, in Zusammenhang stehen. Deshalb finde ich, sollten wir jetzt gemeinsam die Konferenz nutzen, um die Aufmerksamkeit auf Fluchtursachen zu legen. Da glaube ich, dass es uns wirklich gelingen kann, auch in den Wahlkreisen dazu Diskussionen anzustoßen; in den Wahlkreisen, aber auch hier in Berlin.

Wir kämpfen ganz überwiegend gemeinsam an einigen Themen, die wir – wie ich finde – nach New York noch einmal in größerer Intensität auf die Tagesordnung zu bringen haben. Ich will zwei oder drei Beispiele nennen: Das ist zum einen die Frage der ODA-Quote. Das wissen wir, das ist nicht die allein entscheidende Frage, aber ist eben auch eine entscheidende Frage bei der Frage nachhaltiger Entwicklung. Da machen wir in Deutschland Fortschritte; es wird im nächsten Jahr eine Aufstockung auf 80 Millionen geben. Aber wir haben noch keinen fest unterlegten Fahrplan, wie wir in absehbarer Zeit die ODA-Quote erfüllen können. Da verspreche ich mir durch diese Debatten auch noch einmal eine neue Dynamik.

Das Zweite ist die Frage, die die Bundesregierung vielfacherweise auch anstößt: Wie verbessern wir die Bedingungen in den Entwicklungsländern abseits der staatlichen Entwicklungshilfe? Ich will da nennen: die vielfältigen Bemühungen, die Lieferketten transparent zu machen – durch das Textilbündnis, durch die Frage von fairem Kakao und fairer Schokolade, der wir uns im Nachhaltigkeitsbeirat in besonderer Weise angenommen haben. Damit verbunden ist schon die Frage, wie nehmen wir

auch unsere Wirtschaft, unsere Konzerne, letztlich auch uns selbst als Verbraucher hier mit in die Pflicht und markieren unsere Verantwortung für das, was in den Entwicklungsländern passiert?

Letztlich damit verbunden ist auch die Frage: Wie gelingt es uns, unsere Unternehmen zu mehr wirtschaftlichen Engagement in Entwicklungsländern – namentlich auch in Afrika – zu bringen? Weil viele Menschen, die jetzt zu uns kommen, eben deshalb kommen, weil sie dort keine wirtschaftlichen Perspektiven sehen. Das, finde ich, sollten wir im Nachgang, in der Nachbereitung dieses Gipfels in den Mittelpunkt stellen.

Dann stellen sich auch innenpolitische Fragen. Frau Schwarzelühr-Sutter hat es gesagt – eine ganz entscheidende Veränderung von Millenniumszielen zu SDGs ist: Deutschland wird Entwicklungsländ. Weil die Entwicklungsziele nicht mehr nur für Entwicklungsländer gelten, sondern universell für alle Staaten. Da gibt es die ersten Untersuchungen, die vergleichen, wie stehen wir da als Bundesrepublik Deutschland? Mit dem Ergebnis: Wir stehen da ganz gut, insgesamt auf Platz 6 von 34. Es ist noch Luft nach oben, aber wir sind im vorderen Mittelfeld. Aber es gibt gerade Bereiche, die in die Zuständigkeit dieses Ausschusses – des Umweltausschusses – fallen, wo wir noch erhebliches Entwicklungspotenzial haben.

Wir sind bei der Müllvermeidung 28ster von 34 – also auf einem der ganz hinteren Plätze; bei der Frage nachhaltiger Landwirtschaft auf Platz 26; bei der Frage der Feinstaubbelastung auf Platz 27 und auch auf hinteren Plätzen bei dem Anteil bedrohter Tierarten und der Frage der Ausbeutung der Wasserressourcen.

Die SDGs machen eine bessere Vergleichbarkeit möglich, setzen dadurch auch Anreize. Deshalb denke ich, das sind Fragen, denen wir uns verstärkt annehmen sollten. Und das insgesamt im Kontext – wie setzen wir denn eigentlich die SDGs in unserer Nachhaltigkeitsstrategie um? Klar ist: Nachhaltigkeitsstrategie vor New York und Nachhaltigkeitsstrategie nach New York kann nicht einfach dasselbe bleiben, sondern wir müssen jetzt das, was in New York beschlossen wird, sehr beherzt und aktiv in unserer Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen, aufgreifen und so eben vorankommen.



Vorsitzende: Danke. Dann gehen wir in die Diskussion. Herr von Marschall.

Abg. **Matern von Marschall** (CDU/CSU): Ich möchte zunächst auch Andreas Jung sehr herzlich für die Arbeit danken, die er – sozusagen auch in der Balance der Zielsetzung, die diese Nachhaltigkeit hat, und die ja auch ein Einvernehmen zwischen allen Fraktionen verlangt – sehr, sehr gut bewältigt hat.

Ich möchte gerne mit Blick auf Frau Schwarzelühr-Sutter, was Sie über die Einbeziehung in den Prozess gesagt haben, das durchaus anerkennen; aber ein wenig kritisch aus der Retrospektive anmerken, dass die Einbeziehung des Parlaments vielleicht noch hätte intensiver sein können. Das ist jedenfalls das, was ich auch in den Gesprächen mit NGOs in den letzten Monaten, mit der GIZ und anderen, immer wieder gemerkt habe. Das ist auch etwas, was ich auch durchaus selbstkritisch in meine Richtung sage. Da hätten wir einen intensiveren Austausch miteinander pflegen sollen.

Nur mal mit Blick auf die Zukunft und das, was Kollege Jung sagt, was auch die Öffentlichkeit angeht: Da sind wir Parlamentarier in besonderer Weise gefragt, diese Öffentlichkeit, dieses Engagement in der Öffentlichkeit herzustellen. Insofern sind wir auch gefragt, in den Prozess eingebunden zu sein und diesen Transport politischer Kommunikation nach außen sicherzustellen.

Was mir ganz wichtig mit Blick auf Deutschland scheint – und wir sind tatsächlich alle dort Entwicklungsländer –, ist das Potential, das noch in der Forschung liegt. Das würde ich sehr stark betonen wollen. Weil ich denke, dass wir hier ein großes Potential haben, um in der Folge anderen Ländern helfen zu können, ressourcenschonender zu produzieren – also eine Entkopplung der wirtschaftlichen Leistung von dem Ressourcenverbrauch. Ich glaube, das wird ein starkes Transferpotential haben.

Was die Verschränkung angeht, möchte ich kurz am Schluss noch ergänzen, da brauchen wir natürlich nicht nur eine der globalen Ziele in unserer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, sondern vor allen Dingen auch eine Kohärenz zu einer noch zu entwickelnden europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. Das zum Schluss, in dieser mir sehr wichtigen Frage.

Abg. **Carsten Träger** (SPD): Ich freue mich, dass wir heute noch vor dem Gipfel das Thema aufgreifen und wir werden sicherlich auch nach dem Gipfel noch mehrfach damit befasst sein. Denn es ist ein enorm wichtiges Thema, nach meiner Einschätzung sogar das wichtigste Thema – trotz der Herausforderungen, die wir mit der Flüchtlingsfrage haben; trotz der „fantasievollen“ Autoschadstoffmessungen und sogar trotz des Klimagipfels in Paris. Denn in der Tat ist der Nachhaltigkeitsgipfel am Wochenende – aus meiner Sicht, da teile ich ihre Einschätzung – ein historischer Meilenstein. Es geht um nichts weniger als um einen Weltzukunftsvertrag, der erfreulicherweise aller Voraussicht nach in New York unterzeichnet werden wird.

Da möchte ich auch noch einmal den Dank an das BMUB und die Frau Bundesministerin für die Einladung aussprechen, dass wir als Umweltausschussmitglieder mitfahren dürfen. Die Mitglieder des Beirates für Nachhaltigkeit sind leider nicht in den Genuss gekommen, eine Delegation stellen zu dürfen. Es ist ein Gipfel der Staats- und Regierungschefs – das ist klar. Aber die Ziele, die verabschiedet werden, werden nicht nur die Regierungen vor eine große Aufgabe stellen, sondern zuvorderst den Gesetzgeber, und das sind nun mal die Parlamente.

Ich habe die Formulierung auch auf meinem Zettel stehen: Deutschland ist ein Entwicklungsland mit Blick auf viele der Ziele, die wir dort auch mit unterzeichnen werden. Ich sehe hier das Thema Meeresschutz und Schutz der Ozeane. Wir sind gut unterwegs – glaube ich – beim Zugang zu bezahlbarer und nachhaltiger Energie. Aber wenn es darum geht, Ungleichheit in den Staaten und auch zwischen den Staaten zu verringern, da haben auch wir noch einen weiten Weg zu gehen. Deswegen ist es schön, dass wir uns heute darüber unterhalten. Es ist noch schöner, dass morgen im Plenum, trotz der aktuellen Debatten, Platz dafür in der Regierungserklärung sein wird. Denn wir müssen wirklich eine breite Diskussion anstoßen, wie wir diese Ziele alle gleichberechtigt erreichen können. Da spielt die Fortschreibung der deutschen und auch der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie eine Rolle. Wir müssen unsere Indikatoren hier in Deutschland anpacken.

Schließen möchte ich mit einer Bitte an die gesamte Bundesregierung. Ich weiß, dass ich hier



beim BMUB offene Türen einrennen. Aber es gibt durchaus andere Häuser, die sich da mindestens genauso stark engagieren müssen, wenn ich da an Bildung denke oder an Verkehr. Dort sind natürlich auch wesentliche Beiträge zu leisten.

Abg. **Birgit Menz** (DIE LINKE.): Als Mitglied des Beirates möchte ich gleich auf meine zwei Fragen kommen – weil wir in der Zeit ein bisschen knapp sind.

Die erste Frage ist: Wie wird das BMUB in Zukunft sicherstellen, dass die Konsequenzen nationaler Politik im internationalen Rahmen bei der Planung der Gesetzesvorhaben berücksichtigt werden? Welche konkreten Vorschläge gibt es hier; zum einen bezüglich der Abläufe in den Ministerien, zum anderen bei der Formulierung entsprechender Indikatoren im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie?

Dann hat der Beirat in seiner Stellungnahme einen Stufenplan gefordert, um dieses 0,7 Prozent-Ziel zu erreichen. Wie steht das BMUB dazu?

Abg. **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zunächst möchte ich noch einmal unterstreichen, dass es offensichtlich gut gelaufen ist, wie BMUB und BMZ an diesem Punkt zusammengearbeitet haben und wie es gelungen ist, diese 17 Ziele auch gegen internationalen Widerstand aufrechtzuerhalten und durchzusetzen. Das ist schon einmal eine gute Leistung gewesen.

Aber was auch klar ist, es geht jetzt darum – nachdem am Wochenende sicherlich auch feiern in New York angesagt ist –, deutlich zu machen: Business as usual ist keine Option, also auch für unser Leben hier in Deutschland. Wir haben genug zu tun – das, was eben schon angesprochen worden ist – Deutschland als Entwicklungsland zu begreifen, das dann auch in der Tat in unsere Nachhaltigkeitsstrategie, insgesamt aber dann auch als Querschnittsaufgabe in unsere gesamte Politik einzubringen. Ich glaube, das ist mit die entscheidende Herausforderung: Wie bekommen wir mehr Kohärenz innerhalb der deutschen Politik hin?

Andreas Jung hat es angesprochen: Die Frage von Fluchtursachen ist natürlich nicht zu trennen von der Frage von Klimafolgen, von der Frage von ungerechten Handelsstrukturen, auch natürlich von

der Frage von Freihandelsabkommen, die gegenwärtig verhandelt werden, und ähnlichen Dingen. Das ist eine Frage notwendiger Kohärenz. Die Frage der Umsetzung in die Nachhaltigkeitsstrategie und dann auch in überprüfbare Indikatoren ist sicherlich ein wichtiges Thema. Also wie kommen wir dahin, dass wir das, was wir jetzt gemeinsam feierlich verabschieden, dann auch eben regelmäßig anschauen? Wie weit sind wir bei den einzelnen Punkten? Einiges ist gerade schon angesprochen worden. Bei einigen Themen stehen wir noch nicht so gut da, bei einigen stehen wir schon ganz gut da. Aber es soll ja ein Prozess sein – bis 2030, den wir auch im Blick behalten müssen und wo wir auch nachsteuern müssen. Also es hilft nicht, einmal Ziele zu verabschieden, sondern wir müssen dann auch sehen: Wie können wir nachsteuern?

Und die Frage, die dahinter steht, ist natürlich: Wie wird sich das auch strukturell am Ende des Tages abbilden? Auf Regierungsebene, also in welcher Form kann möglicherweise der Staatssekretär die Aufgabe übernehmen, dafür zu sorgen, dass diese Querschnittsaufgabe auch als solche in der Regierung wahrgenommen wird? Das Gleiche gilt auf unserer parlamentarischen Ebene: Inwieweit kann der PBN oder andere Gremien insoweit aufgewertet werden, dass es eben nicht nur formale Nachhaltigkeitsprüfungen gibt, sondern letztlich immer wieder der Blick darauf gelegt werden kann: Wie passiert die Umsetzung der SDGs in Deutschland und wie wird das in den einzelnen Ausschüssen auch im Parlament getan?

Die zentralen Themen, die uns da bewegen, sind natürlich die planetaren Leitplanken. Das ist auch in der SDG-Erarbeitung immer wieder deutlich geworden. Wir haben ja auch in unserem – worüber ich mich sehr gefreut habe – einstimmigen Papier im parlamentarischen Beirat noch einmal darauf hingewiesen: Es geht auch an die Substanz dessen, was in Deutschland noch selbstverständlich ist. Insbesondere denke ich da an unsere Landwirtschaftspolitik, an Kohlepolitik, an unseren Umgang mit Gewässern – da haben wir große Aufgaben vor uns. Ich glaube bei aller Freude darüber, dass es jetzt am Wochenende in New York so laufen wird, sollten wir uns den Aufgaben mit viel Engagement widmen. Ich bin froh, dass wir das hier im Ausschuss immer wieder thematisieren.



Vorsitzende: Ich habe jetzt noch einige, wenige Wortmeldungen. Die würde ich jetzt noch drannehmen und würde dann die Beantwortung anschließen. Denn viele wollen bestimmt in die Befragung der Bundesregierung gehen. Herr Göppel, bitte.

Abg. **Josef Göppel** (CDU/CSU): Ich schließe gleich an die letzte Frage an. Wir haben soeben von Staatssekretär Flasbarth gehört: Privates Kapital soll für klimastabile Infrastruktur stärker verwendet werden. Die Frage ist aber: Wo ist denn da für dieses Kapital die Rendite? Privates Kapital steht unter Renditedruck. Wir merken das ja jetzt ganz deutlich an dem aktuellen Geschehen mit VW. Sogar Betrug ist in diesem Renditedruck systembedingt. Und das Kapital geht in der Regel dorthin, wo Renditeerwartungen vorhanden sind: große Infrastrukturprojekte oder auch in den militärisch-industriellen Komplex, wo die Rendite immer funktioniert. Das ist ganz klar, dass da die Rückwirkungen auch zu den Fluchtbewegungen sind, mit denen Europa aktuell zu tun hat.

Ich finde es gut, dass wir mit dem Parlamentarischen Beirat – lieber Freund Andreas – ein Gremium haben, wo wir auch diese grundlegenden Fragen besprechen können. Es ist jetzt auch eine Große Transformation der Weltwirtschaft im Gespräch, dass die nötig ist. Nach meinem Gefühl sind diese Zusammenhänge mit den Kapitalbewegungen auf der Welt entscheidend auch im Hinblick darauf, dass die Volumina des Kapitals endgültig sind, 40-mal so groß wie die Realwirtschaft der Welt. Diese Dinge in den Blick zu nehmen, ist jetzt unmittelbar nach der schönen Feier in New York sicher nötig.

Abg. **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.): Mir hat besonders gut gefallen, was Kollege Jung auch über die Lieferketten gesagt hat. Das ist dringend notwendig. Jetzt habe ich das Gefühl, wir im Umweltausschuss sind uns da relativ einig. Aber das Thema wurde heute auch im Wirtschaftsausschuss anhand eines Antrags der Opposition besprochen, der natürlich abgelehnt wurde. Da wird immer viel über Freiwilligkeit und man dürfe die Unternehmen nicht einschränken und solche Dinge gesagt. Also ich finde es immer schön, wenn die Nachhaltigkeitsdebatten im Umweltausschuss geführt werden, wo es sehr viel Übereinstimmung gibt, im

Wirtschaftsausschuss nicht; sondern da ist eben genau das Gegenteil der Fall. Ich meine: Wir müssten uns gemeinsam überlegen, wie können die Wirtschaftspolitiker hier einbezogen werden? Können wir so eine Debatte mal gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss führen, was hier notwendig wäre? Wie kommt man dann auch zu gewissen Mehrheiten? Denn es ist ja schön, wenn im Nachhaltigkeitsbeirat immer ganz tolle Sachen beschlossen werden und das in der Tat nicht durchgesetzt werden kann.

Abg. **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da würde ich auch gerne nochmal „anhaken“, weil es ist ja nicht nur der Wirtschaftsausschuss, sondern auch der Landwirtschaftsausschuss. Es sind mehrere Kriterien gesagt worden, wo wir nicht so gut dastehen. Die betreffen im Wesentlichen auch Auswirkungen der Landwirtschaft. Nicht nur durch den Sojaimport haben wir weltweit erhebliche Auswirkungen, sondern eben auch durch die Fleischproduktion, die über unseren Bedarf hinaus produziert. Auch da sind sozusagen durchaus nicht nachhaltige Wirkungen, auch in anderen Ländern. Wie geht die Bundesregierung mit solchen Fragen um? Eine Frage stellt sich auch bei Freihandelsabkommen – TTIP, CETA. Da sagen die Vertreter des afrikanischen Kontinents: Das wird ein großer Nachteil für uns sein. Also wie geht die Bundesregierung damit um? Und Frau Staatssekretärin, was Sie zurecht gesagt haben: Es betrifft uns alle. Wir müssen das auch hier Zuhause machen, also nicht nur die Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern in diesem Punkt auch die Industrieländer. Gibt es da eigentlich schon Strukturen, dass man solche Sektor-übergreifenden Themen anpackt und auch auf Nachhaltigkeit überprüft?

PSSt **Rita Schwarzelühr-Sutter** (BMUB): Ich beginne vielleicht mit dem Punkt: die Ziele und der Gipfel. Das ist eigentlich der Startpunkt der eigentlichen Arbeit. Weil die Arbeit fängt jetzt in der Umsetzung an. Und sicherlich, weil auch die Frage kam: Wer koordiniert es? Wer macht die Querschnittsaufgaben? Gibt es hier Strukturen? Wir haben den Vorteil mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – die auch beim Kanzleramt als solches angesiedelt ist, es auch koordiniert –, wir haben schon eine Struktur, die man sicherlich auch weiter entwickeln kann.



Bezüglich der Wirtschaft: Ich glaube – man sieht gerade dieser Tage –, dass nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltiges Unternehmertum oder Management durchaus von Erfolg geprägt sind. Und wenn Unternehmen nicht nachhaltig managen, dann haben sie großen Schaden oder auch Glaubwürdigkeitsverluste. Ich war in der Vergangenheit selber mehrfach bei Wirtschaftsverbänden und Unternehmen eingeladen und habe auch das Thema Nachhaltigkeit angesprochen. Wir haben das auch in der DBU thematisiert, u. a. auch nachhaltige Finanzierung. Wie investiert man nachhaltig und hat Erfolg? Und es war interessant zu sehen, dass gerade – Herr Göppel – die nachhaltigen Investitionen, wo genau die Punkte beachtet werden, nicht in Rüstungskonzerne, nicht in bestimmte Wirtschaftssektoren zu investieren – dass die sehr erfolgreich sind. Das bleibt ja nicht irgendwo in der Nische, sondern das setzt sich durch, – mit der Zeit wird das öffentlicher – es breitet sich aus. Ich bin überzeugt, dass dieses Denken auch in dem Bereich Wirtschaft sich mehr und mehr verankert. Weil man merkt, dass kurzfristiges Handeln, was nur auf maximale Rendite abzielt, sich am Ende nicht auszahlt, sondern einfach auch teurer wird.

Wie sieht es aus – Sie hatten die Frage aufgeworfen – mit dem privaten Kapital? Da schließe ich gerade an. Gerade auch bei der Finanzierungsgeberkonferenz in Addis Abeba war auch noch einmal klar: Wir haben nicht mehr das Nord-Süd-Denken. Wir haben eine neue Partnerschaft. D. h. aber auch, dass natürlich in Entwicklungsländern auch die Finanzierungsquellen beachtet werden müssen, dass sie auch Steuereinnahmen haben. Und dass wir entsprechend dem natürlich auch schauen müssen: Wo sollen die ODA-Mittel primär hinfließen und wo sind die privaten Mittel komplementär? Deswegen halte ich das auch für so wichtig, dass in diesen 17 Goals auch Rechtsstaatlichkeit und good governance drin steht; weil das sicherlich ein Punkt ist, dass ein Investor dorthin geht, wo er einigermaßen Planungssicherheit hat. Und insofern ist es schon einmal ein guter Startpunkt. Aber wie gesagt, das wird sicherlich komplementär sein. Und wir müssen gucken bei den Ärmsten der Armen, dass natürlich dort auch die ODA-Mittel gesichert sind. Da hält die Bundesregierung an dem 0,7 Prozent-Ziel fest. Es ist ein Aufwuchs da, wir sind noch nicht bei den 0,7 Prozent, aber wir halten an diesem Ziel fest.

Dann wurde angesprochen: Produktionen und Konsummuster. Natürlich sind das Kernelemente, auch in dieser 2030-Agenda. Und so wie mein Kollege Andreas Jung auch gesagt hat: Wie geht das mit unseren Konzernen in den Entwicklungsländern oder in den Schwellenländern? Da ist sicherlich noch viel Arbeit und Überzeugungsarbeit national wie auch europäisch zu leisten. Wir hatten es bisher mit Freiwilligkeit... Aber man muss schon sagen, wenn man Textilbündnisse hat, dann macht es natürlich umso mehr Sinn, je mehr dabei sind und je mehr sich tatsächlich dazu verpflichten. Sicher ist die Bill & Melinda Gates Foundation vorbildlich, was getan werden kann und auch supplementär getan werden kann. Da muss man das aber wirklich umsetzen.

Dann komme ich zu dem Bereich Landwirtschaft. Natürlich gibt es da Zielkonflikte. Wir sehen das auch in unserer alltäglichen Arbeit. Gleichwohl sind wir mit unserer Nachhaltigkeitsstrategie uns dessen bewusst und arbeiten auch daran.

Am Ende des Tages ist es elementar wichtig – wie auch Herr Jung angesprochen hat –, dass wir die Fluchtursachen bekämpfen – also wir haben nicht nochmal 50 Jahre Zeit, sondern da ist der Augenblick jetzt, wo wir auch aktiv werden müssen und das entsprechend umsetzen müssen.

Ich möchte noch einmal einen Punkt nennen wegen der Beteiligung. Ich glaube, dass das BMZ und unser Haus versucht haben, auch wirklich alle mit einzubeziehen, auch die NGOs. Unser Haus hat z. B. auch die Jugendorganisationen finanziert, dass die nach New York kommen konnten. Es waren auch andere NGOs dabei – das BMZ ist natürlich näher bei der GIZ. Aber insofern haben wir viel Wert darauf gelegt, dass NGOs und Zivilgesellschaft vertreten waren.

Die Beteiligung der Parlamentarier – ich denke, Herr Jung, da können Sie vielleicht auch noch etwas sagen –, das lief ja auch über die Dialog-Foren. Also insofern – aus unserer Sicht – haben wir versucht, möglichst alle mit an Bord zu nehmen. Ich glaube, das Parlament hat das auch mit seinen Anträgen aufgegriffen, die Sie eingebracht haben. Aber wie heißt es so schön: Man muss immer danach streben, noch besser zu sein, weil gut ist eben nicht gut genug. Da bleibt man dann stehen. Wir nehmen das nochmal so auf. Aber ich würde das einfach nochmal betonen, weil das vielleicht auch



untergeht. Gerade für Jugendliche, von deren Zukunft reden wir ja in dem Zusammenhang. Die haben wir immer unterstützt, damit sie auch in diesem Prozess der letzten Jahre dabei sein konnten.

Abg. **Andreas Jung** (PbNE): Ich kann es sehr kurz machen. Ich will noch eine Bemerkung zu dem Thema Europäische Nachhaltigkeitsstrategie machen. Matern von Marschall hatte das angesprochen. Warum? Weil wir gemeinsam kritisiert hatten, dass es bisher noch die Haltung der Europäischen Union ist, dass sie die Nachhaltigkeitsstrategie, die sie hatte, nicht fortführt. Und das, glaube ich, muss jedem klar sein, dass es nicht geht. Wenn wir jetzt in New York Fortschritte erreichen, dann sicherlich nicht ohne Europa und vor allem in der Umsetzung nicht ohne Europa. Wenn wir wollen, dass andere besser werden und dann als EU selber sagen, wir hatten eine Nachhaltigkeitsstrategie, die hängen wir jetzt tiefer; als einen Bestandteil unterhalb der Strategie Euro 2020, in der es um andere Fragen geht, dann wäre das sicherlich kein leuchtendes Beispiel; sondern im Gegenteil eigentlich ein Tiefschlag für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Deshalb hatten wir uns im Nachhaltigkeitsbeirat schon länger – auch in Gesprächen in Brüssel – dafür eingesetzt, dass sie fortgeschrieben wird. Da war lange Zeit Schweigen im Walde. Wir hatten dann ein Gespräch mit dem neuen Vize-Präsidenten Frans Timmermans gehabt. Der hat zumindest gesagt: Er will den Gedanken aufnehmen und hat es nicht ausgeschlossen, dass sie fortgeführt würde, und wollte in weiteren Gesprächen mit uns den Dialog fortsetzen.

Jetzt ist es so, dass ein Bericht an den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker angefordert wurde mit der Frage, wie denn eine fortgeschriebene Nachhaltigkeitsstrategie aussehen könnte. D. h. da ist eine gewisse Bewegung in Sicht, aber eine Entscheidung noch nicht getroffen. Da halte ich es nun für notwendig, dass wir den deutschen Einfluss dahingehend auf allen Ebenen geltend machen, dass das tatsächlich auf EU-Ebene fortgeschrieben wird, weil klar ist, dass auch dort gilt, dass wir als Europäer nur gemeinsam hier im globalen Kontext Veränderungen erreichen können.

Dann ist angesprochen worden: Diskussionen, speziell um Lieferketten – nicht nur hier, sondern auch in anderen Ausschüssen. Die Diskussion ist heute früh geführt worden. Vielleicht werden wir

im Ergebnis bei der Frage, wie das genau umzusetzen ist, nicht völlig zusammenkommen. Marie-Luise Dött hatte gerade vorhin reinggerufen: Ein Unternehmen, das nicht nachhaltig wirtschaftet – wie hast Du gesagt? – das wird vor die Wand fahren, das wird nicht überleben. Und das ist ja auch Ziel der Bündnisse, wie etwa des Textilbündnisses, das auf Freiwilligkeit beruht. Aber bei dem natürlich dahinter steht, dass man kommuniziert: Wer nicht mitmacht, der übernimmt Verantwortung für ökologische Bedingungen und für soziale Bedingungen, die wir nicht akzeptieren können. Allein durch diese öffentliche Diskussion entsteht natürlich ein Druck, der in dem spezifischen Fall schon dazu geführt hat, dass am Anfang nur wenige Unternehmen mitmachen wollten und jetzt aber über die Hälfte der Branche mitmacht. Das zeigt, es kommt dadurch etwas in Bewegung und ich glaube, daran gilt es anzuknüpfen.

Vorsitzende: Eigentlich ist der Unterschied zwischen Ökonomie und Ökologie nur der Zeitfaktor. Wer kurzfristig gegen die Umwelt wirtschaftet – der kann das vielleicht machen –, aber langfristig kann man nur erfolgreich wirtschaften, wenn man das auch mit der Umwelt gemeinsam macht und eben nachhaltig auch die sozialen Aspekte einbezieht. Frau Dött.

Abg. **Marie-Luise Dött** (CDU/CSU): Was mir jetzt bei der Diskussion aufgefallen ist: Wir hatten in der Vergangenheit bei Nachhaltigkeit immer – und ich habe das jetzt bei den 17 Zielen auch vergeblich gesucht – auch über Rechtsstaatlichkeit und good governance gesprochen. Um diese ganzen Dinge durchzusetzen, ist das also eine Voraussetzung, die einfach vorliegen muss. Ich glaube, dass wir, gerade wenn wir hier im Umweltausschuss über ökologische Zielsetzung sprechen, geht das nicht in Staaten oder auch nicht in Konstruktionen, wo Rechtsstaatlichkeit und good governance nicht gewährleistet sind.

Vorsitzende: Das war sicher auch noch ein wichtiger Hinweis. Wir bedanken uns für die vielen Informationen, auch darüber werden wir sicher häufiger hier noch im Ausschuss sprechen. Ich beende hiermit diese Sitzung des Ausschusses. Danke schön.



Schluss der Sitzung: 12:55 Uhr

Bärbel Höhn, MdB
Vorsitzende



Stellungnahme zu den globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Die Vereinten Nationen werden im Jahr 2015 eine globale Nachhaltigkeitsagenda beschließen, die die internationale und deutsche Politik bis 2030 prägen wird. Kernstück der Nachhaltigkeitsagenda sollen 17 Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) bilden, die in verschiedenen staatlichen und Expertengremien verhandelt und im Synthese-Bericht des UN-Generalsekretärs präsentiert wurden.

Diese Ziele gelten auch für die Industriestaaten und heben sich unter anderem dadurch von den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) ab, die nur für die Entwicklungsländer Anwendung fanden. Dabei handelt es sich um folgende Ziele:

1. *Armut in jeder Form und überall beenden*
2. *Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern*
3. *Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern*
4. *Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern*
5. *Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen*
6. *Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten*
7. *Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern*
8. *Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern*
9. *Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen*
10. *Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern*
11. *Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen*
12. *Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen*
13. *Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen*
14. *Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen*



15. *Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen*
16. *Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen*
17. *Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben*

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) setzt sich für ambitionierte und aufeinander abgestimmte Ziele ein. Der Zielkatalog ist unbedingt beizubehalten. Die Ziele, Unterziele, aber vor allem die Maßnahmen zu deren Umsetzung sowie die Überprüfungsmechanismen müssen geeignet sein, den anstehenden Herausforderungen zu begegnen und den Weg zu einer weltweiten sozial-ökologischen Transformation zu bereiten.

Substanz des Vorschlages in seiner Gesamtheit erhalten

Der von der Open Working Group erarbeitete Entwurf für die weiteren Beratungen im Rahmen der Vereinten Nationen ist in seiner Komplexität und Breite notwendig und angemessen. Er legt für die Zeit nach 2015 eine international gültige, global ausgerichtete und dennoch auf alle Länder anwendbare Agenda mit einem kohärenten Zielsystem fest.

Die inhaltliche Breite und Substanz des aktuellen Entwurfs darf in den weiteren Verhandlungen bis zur endgültigen Verabschiedung der SDGs nicht eingeengt werden. Darüber hinaus gilt es nun, ambitionierte Schritte zur Umsetzung sowie zur Überprüfung dieses Zielkatalogs auf VN-Ebene festzulegen. Ansonsten würden die Ergebnisse des Dialoges der Bundesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der im Rahmen des Dialogforums Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung erfolgte, ebenso wie der Zukunftscharta-Dialogprozess in Frage gestellt. Der PBnE unterstützt daher, dass sich die Bundesregierung in den weiteren Verhandlungen dafür einsetzt, die Substanz des Vorschlages in seiner Gesamtheit zu erhalten.

Transformation zur nachhaltigen Entwicklung

Insgesamt fordert der PBnE die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die SDGs ambitioniert ausgestaltet werden, um den notwendigen Wandel in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit - ökonomisch, ökologisch, sozial - global, national und lokal - voranzutreiben. Die Bundesregierung soll sich weiterhin dafür einsetzen, dass die von der Open Working Group erarbeiteten 17 Ziele und deren Unterziele, die der VN-Generalsekretär zur Grundlage der Verhandlungen erklärt hat, in einer internationalen Vereinbarung beschlossen werden.

„Business as usual“ ist keine Option, um die globale Entwicklung nachhaltig zu gestalten und für zukünftige Generationen die Chancen auf ein erfülltes, menschenwürdiges Leben zu sichern. Die SDGs dürfen nicht hinter bereits international vereinbarte Armuts- und Nachhaltigkeitsziele sowie Menschenrechtsstandards zurückfallen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass der



Gedanke der Rio-Verhandlungen 2012, niemanden zurückzulassen, sich in den Zielen niederzuschlägt. Das heißt, relative Ziele, wie eine „Halbierung“ z.B. der Armut, sind zu vermeiden. Das Ziel muss sein, dass kein Mensch mehr in Armut leben muss.

Doch der Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit muss auch in Deutschland erfolgen. Der Kabinettsbeschluss *„Eine Agenda für den Wandel zu nachhaltiger Entwicklung weltweit“* vom 03.12.2014 ist ein erster Schritt. Als international angesehenes, wirtschaftlich erfolgreiches und technisch fortgeschrittenes Land kommt der Bundesrepublik eine zentrale Bedeutung zu. Deshalb müssen wir in und mit Europa eine globale Vorreiterrolle übernehmen. Dazu benötigen wir eine Fortführung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie sowie eine stärkere Verzahnung der Nachhaltigkeitsinstitutionen. Der PBnE fordert die Bundesregierung dazu auf, die derzeit diskutierten SDGs schon jetzt als Maßstab für das eigene Regierungshandeln anzusehen und anzuwenden. Der Rat für nachhaltige Entwicklung hat hierzu weitreichende Empfehlungen vorgelegt.¹

Hierfür sind unter anderem dringend Maßnahmen gegen die globale Klimakrise, die anhaltende Verschwendung fossiler Ressourcen und die Verschmutzung der Umwelt, aber auch die soziale Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft, zu ergreifen. Diese beinhalten den schrittweisen Ausstieg aus der extrem klimaschädlichen Kohleverstromung, den Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen, einen beschleunigten, mit einem Stufenplan hinterlegten, Stopp der Überdüngung von Böden und Gewässern, die Wende zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sowie das Einpreisen der sozialen und ökologischen Belastungen in den Verbrauch von natürlichen Ressourcen. Teil der deutschen Verantwortung und Vorreiterrolle ist auch, die globale Dimension unseres Handelns, darstellbar z.B. anhand der Messgrößen des nationalen sowie internationalen CO₂-Fußabdrucksadäquat zu berücksichtigen. Hierzu gehören die internationalen Auswirkungen unseres Handelns und Beiträge zur Nachhaltigkeit weltweit, die Deutschland u.a. über die Entwicklungszusammenarbeit leistet.

Der PBnE hält es für unabdingbar, dass die Implementierung der Nachhaltigkeitsagenda in die nationale Politik breit diskutiert wird. Der Nachhaltigkeitsbeirat des Bundestages, die zivilgesellschaftlichen Akteure sowie alle relevanten Ressorts müssen frühzeitig und aktiv in die Diskussion mit einbezogen werden um die Implementierung in alle Politikbereiche sicherzustellen. Eine Umsetzung etwa nur durch das Entwicklungs- und das Umweltministerium reicht bei weitem nicht aus. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss entsprechend der neuen universalen Nachhaltigkeitsziele überarbeitet werden. Dazu müssen die notwendigen Kapazitäten geschaffen und dauerhaft bereitgestellt werden. Auf EU-Ebene ist verstärkt dafür zu werben, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie wiederzubeleben und im Hinblick auf die künftigen SDGs fortzuschreiben. Anders ist eine europäische Koordination der Umsetzung der SDGs in nationale Strategien nicht möglich. Die Monitoringberichte des Europäischen Statistikamtes zeigen, dass die EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung - wie z.B. in der Abfallverwertung und bei der Nutzung Erneuerbarer Energien - weit auseinander liegen. Die nationale Zielerreichung ist zu überprüfen und die statistische Datenbasis für eine internationale Vergleichbarkeit zu verbessern.

Weiterhin fordert der PBnE, dass ein neuer Stufenplan erarbeitet wird, mit dem bis 2020 das bereits beschlossene Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung (ODA) zu verwenden, auf europäischer und nationaler Ebene tatsächlich erreicht wird.

¹ RNE-Stellungnahme Mai 2015 [„Deutsche Nachhaltigkeits-Architektur und SDGs“](#)



Deutschland muss hierfür entsprechende Gelder für eine nachhaltige und effektive Entwicklungsfinanzierung sowie mehr Klimaschutzmittel bereitstellen. Ein Element zur finanziellen Zielerreichung ist die Finanztransaktionssteuer.

In diesem Zusammenhang unterstreicht der PBnE ferner die Bedeutung der verstärkten Mobilisierung einheimischer öffentlicher Ressourcen und privater Finanzmittel sowie übergeordneter Themen wie Handel, Technologietransfer und Finanzmarktstabilität. So ist die Transparenz von Lieferketten elementar für einen Handel, der sich an den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung ausrichtet.

Innerhalb der globalen Agenda ist es wichtig, dass die Industrieländer bei der nachhaltigen Entwicklung eine Vorreiterrolle übernehmen.

Planetare Leitplanken in den SDGs berücksichtigen

Der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* (WBGU) hat planetare Leitplanken benannt, denen in der SDG-Debatte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, um den Erhalt einer lebenswerten Welt sicherzustellen².

Die vom WBGU benannten Leitplanken sind:

- Klimaerwärmung auf 2°C begrenzen
- Ozeanversauerung auf 0,2 pH Einheiten begrenzen
- Verlust von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen stoppen
- Land- und Bodendegradation stoppen
- Gefährdung durch langlebige anthropogene Schadstoffe begrenzen
- Verlust von Phosphor stoppen

Der PBnE teilt die Auffassung des WBGU, dass der Sicherung der Erdsystemleistungen eine zentrale Rolle in den SDG-Verhandlungen, vor allem aber auch bei deren Implementierung in Deutschland zukommen sollte. Intakte Böden, Wälder, Flüsse und Meere sowie eine gesunde Atmosphäre sind Grundvoraussetzung, um in benachteiligten Regionen der Erde Hunger, Krankheiten und Armut zu begegnen.

Kommunikation der Post 2015-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung

Der PBnE hält es für zentral, dass zu den SDG eine Kommunikationsstrategie entwickelt wird, um die Ziele direkt zu begleiten, die Dimensionen und Komplexität der Agenda transportierbar und für alle Empfänger begreifbar zu machen.

Nach Ansicht des PBnE kann die Kommunikation der globalen Nachhaltigkeitsagenda nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den Ländern und den Kommunen gelingen. Dafür müssen diese umgehend und breit in die Debatte zur Umsetzung einbezogen werden, ähnlich der Prozesse rund um die Agenda 21-Initiativen in Folge der Rio-Konferenz 1992.

Der PBnE spricht sich dafür aus, der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland und weltweit als Voraussetzung für nachhaltige Veränderungsprozesse eine besondere Bedeutung

² WBGU Politikpapier April 2014 „[Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken](#)“



einzuräumen. Für diesen wichtigen Bildungsbereich und zur Förderung sowie Weiterentwicklung inhaltlicher und didaktischer Konzepte sind entsprechende Mittel angemessen zur Verfügung zu stellen. Eine Kohärenz zwischen Bund und Ländern ist herzustellen.